

Augsburg, Berlin, Bremen,
Dortmund, Dresden, Düsseldorf,
Frankfurt, Friedrichshafen,
Hamburg, Hannover,
Heidelberg, Hof Plauen, Köln-
Bonn, Leipzig-Halle, Mannheim,
München, Münster-Osnabrück,
Nürnberg, Stuttgart, Sylt.



Lufthansa

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 21. Januar 2006

116. Jahrgang Nr. 31.546

In Deutschland
sind wir zu Hause



Lufthansa

25 Verdächtige im Jahrhundertraub

Polizei überprüft auch Geiseln / Tunnel anscheinend im Auftrag von Aguas Argentinas gegraben

Buenos Aires (AT/nfk) - Eine Woche nach dem frechsten Bankraub der argentinischen Geschichte hat die Polizei von Buenos Aires den Kreis der Verdächtigen auf 25 Personen eingeschränkt. Unter dringendem Tatverdacht stehen einige ehemalige Sicherheitsbeamte. Der professionelle Umgang mit Sprengstoff, die tadellose Organisation der Bande und deren Wissen über das polizeiliche Prozedere im Falle eines Banküberfalles lassen diesen Schluss zu. Desweiteren überprüfen die Ermittler vier Geiseln und einige Bankmitarbeiter. Anderen Geiseln war das ruhige und gelassene Verhalten besagter Personen aufgefallen. Weiter unklar ist, wie die Bande den schweren Aktenschrank vom Tunnel aus vor den Eingang schieben konnte. Es kann sein, dass sie hierbei Hilfe von Geiseln hatte. Momentan wertet die Polizei die Aufnahmen der Überwachungskameras aus.

Am Freitag vergangener Woche um 12.20 Uhr hatten fünf be-

waffnete, vermummte Männer die Filiale der Banco Río in Acassuso gestürmt und 14 Kunden und neun Bankangestellte als Geiseln genommen. Die Männer verteilten die Geiseln auf den ersten Stock, Erd- und Untergeschoss. So konnte die Polizei nicht eingreifen, ohne die Sicherheit der Geiseln zu gefährden.

Der Anführer der Bande ließ gegen 15.30 Uhr vier Geiseln im Austausch gegen Pizza und Getränke frei. Insgesamt zeigten sich die Bankräuber handlungsbereit und konnten so Zeit gewinnen - Zeit, die sie benötigten, um ihren Fluchtweg fertig zu stellen. Im Untergeschoss bohrten sie ein Loch durch die 15 Zentimeter dicke Wand und schufen so die Verbindung zu einem insgesamt ungefähr 19 Meter langen Tunnel, der in die Kanalisation mündet. Die Bankräuber flohen in einem Schlauchboot durch einen der dutzend Abwasserkanäle, ob in Richtung Panamericana oder Río de la Plata ist unklar. Am Donnerstag

fanden Ermittler allerdings Wandmarkierungen, die sich nur mit Nachtsichtgeräten sehen lassen, in einem Abwasserkanal, der sieben Blöcke von der Bank entfernt endet.

Als die Polizei gegen 18.30 Uhr schließlich die Bank stürmte und alle Geiseln unverletzt befreien konnte, waren die Bankräuber längst verschwunden.

Die Männer erbeuteten 600.000 Pesos aus dem Tresor und leerten 145 der 408 Schließfächer im Untergeschoss. Es wird vermutet, dass die gesamte Beute einen Wert von über sechs Millionen Dollar hat. Die Bank ermittelt derzeit noch den genauen Schaden. Jeder einzelne der Geschädigten soll bis zu 50.000 Dollar Abfindung erhalten. Die Bank rechnet also mit Schadensersatzzahlungen in Höhe von mehr als sieben Millionen Dollar.

Wahrscheinlich hatte einer der Täter in den vergangenen Monaten unter falschem Namen ein Bankschließfach gemietet, um

genaue Kenntnisse über das Untergeschoss der Bank zu gewinnen.

Im Laufe der Woche enthüllte eine geheime Quelle, dass ein Teil des Tunnels im Auftrag von Aguas Argentinas bereits im Jahr 2001 gegraben wurde, um die Wasserversorgung der Bank zu überprüfen und im Anschluss nicht wieder verschlossen. Dieser Teil reicht allerdings nicht bis in die Kanalisation. Den Anschluss haben wohl die Bankräuber selbst in mindestens dreimonatiger Arbeit gebaut. Unklar ist bislang, wie die Bande von dem Tunnel erfahren hat. Nicht ausschließen wollte die Polizei bislang, dass die Bankräuber ein Haus in der Nähe der Bank gemietet haben, von wo aus sie während ihrer Arbeiten in die Kanalisation eingestiegen sind.

Am Dienstag fand die Polizei Werkzeuge wie Hammer und Spaten, die wohl von den Bankräubern stammen. Allerdings ließ sich kein einziger Fingerabdruck sicherstellen.

Ausgezeichnete Beziehungen Verhältnis USA-Argentinien normalisiert sich

Buenos Aires (AT/RTA) - Die Besuche in Buenos Aires mehrerer US-Senatoren und des Unterstaatssekretärs für Lateinamerika im Staatsdepartement, Thomas Shannon, die in der Vorwoche über die Bühne liefen, haben die Beziehungen zwischen Argentinien und den Vereinigten Staaten auf diplomatischer Ebene wieder normalisiert.

Shannon bezeichnete diese Beziehungen in einem Pressegespräch als ausgezeichnet. Das Staatsdepartement hatte zum Jahresende die Beziehungen mit Argentinien nur als gut eingestuft, nachdem sie vorher als ausgezeichnet galten. Diplomaten drehen die Wortbildungen freilich nach Belieben. Indessen wurde in politischen Kreisen der Besuch Shannons und der Senatoren in Buenos Aires als ein deutliches Zeichen der Normalisierung gewertet. Vorher hatte der IV. Gipfel der Staats- und Regierungschefs des amerikanischen Kontinents in Mar del Plata Mitte November für eine deutliche Verschlechterung der Beziehungen gesorgt. Die argentinische Regierung hatte die Konferenz zwar ordentlich vorbereitet, aber gleichzeitig eine Gegenkonferenz unterstützt, auf der Venezuelas Präsident Hugo Chávez die Hauptrolle als Gegner der USA

spielte. Kirchners Reden war auch von Spitzen gegen die US-Regierung geprägt. Trotzdem hatte die Schlusserklärung des Gipfels versöhnliche Töne angeschlagen, als alle Teilnehmer außer Venezuela den kontinentalen Freihandel als Ziel lobten, wiewohl die Verwirklichung von der Abschaffung der Agrarsubventionen in USA abhinge, die in Mar del Plata übergangen wurden. Präsident Bush soll sich über die Abwicklung des Gipfels geärgert haben.

Die US-Besuche in Buenos Aires nach vorherigen Kontakten der beiden Außenministerien haben offensichtlich normale diplomatische Töne hergestellt. Diplomatie wird mit persönlichen Kontakten und versöhnlichen Kompromissen betrieben.

Senator Mel Martínez lobte freilich in Buenos Aires den angeblichen Freihandelspakt zwischen USA und Uruguay, für den sich der uruguayische Finanzminister Danilo Astori einsetzt. Argentinien und Brasilien betrachten ein solches Abkommen als unvereinbar mit dem Mercosur-Regelwerk, dem Uruguay auch angehört. Senator Martínez musste seine Fehlleistung korrigieren, als er behauptete, er habe sich nicht

auf den Freihandel, sondern auf das Investitionsschutz-Abkommen zwischen USA und Uruguay bezogen, das inzwischen in Kraft ist. Für Uruguay ist ein Freihandel mit USA nur attraktiv, wenn die US-Regierung auf sogenannte sensible Produkte verzichtet, damit Uruguay problem-

los Fleisch exportieren darf, wie es der Außenminister Reinaldo Gargano in Montevideo verhiess. Darüber äußerten sich die US-Senatoren freilich nicht, die traditionell auf Lobbys der Viehzucht und des Ackerbaus hören.

Gewalt in der Familie

Gruppentherapie für gewalttätige Männer

Buenos Aires (AT/AG) – Immer noch ist es keine Selbstverständlichkeit, dass das Recht des Stärkeren in der Familie keinen Platz hat. Gewalt in der Familie, unter der vor allem die Frauen und die Kinder zu leiden haben, ist auch heute noch gang und gäbe. Um eben ihnen zu helfen, die als Schwächere nicht selten über Jahre in ständiger Angst leben, entwickelte das Frauenreferat der Stadt Buenos Aires (Dirección General de la Mujer) ein Betreuungsprogramm für betroffene Familien. Über 600 Männer haben seit 1997 an speziell dafür eingerichteten Therapiekursen teilgenommen. Die Rückfallquote ist jedoch relativ hoch.

Über 50 Prozent der Männer, die am Programm teilnehmen,

werden dazu von der Justiz, Polizei oder anderen Institutionen überwiesen. Nur die Hälfte der Teilnehmer suchen die Hilfe aus eigenem Antrieb, wobei dazu auch die Personen gerechnet werden, denen die Kurse von den Anwälten der Betroffenen nahegelegt werden. „Die besten Ergebnisse erreichen diejenigen, die freiwillig gekommen sind“, sagte die Programmbetreuerin Débora Tomasini. „Etwa 50 Prozent der Teilnehmer verlassen jedoch das Programm“, beklagte sie sich.

Das Thema der Rehabilitation gewalttätiger Männer hatte an Bedeutung zugenommen, nachdem die Weltgesundheitsorganisation darauf hingewiesen hatte, dass nicht nur die Opfer

eine Betreuung brauchen. Die acht Monate lang dauernden Kurse des Frauenreferats finden einmal pro Woche statt und sind kostenlos. Der erste Schritt ist, in Gruppengesprächen sich der eigenen Gewalttätigkeit und ihrer Gründe bewusst zu werden. „Zuerst hörte ich nur zu, dann wurde es mir langsam klar, dass das, wovon die anderen redeten, auch mein eigenes Problem war“, erzählte ein Teilnehmer.

Gewalttätige Männer haben im allgemeinen ein besonderes Profil. In der Gruppentherapie wird versucht, ihnen zu helfen, emotionale Stabilität zu gewinnen. Danach werden sie zur Individualtherapie weitergeleitet.

Die Statistiken zeigen, dass die meisten gewalttätigen Aus-

schreitungen von den Ehemännern begangen werden. Anders als gemeinhin angenommen, gehören sie zumeist der Mittelschicht und haben nicht selten eine abgeschlossene Berufsausbildung. Nur knapp 5 Prozent haben schwere psychische Störungen. 83 Prozent der Männer kommen selber aus gewalttätigen Familien und wiederholen das von dem eigenen Vater gelernte Verhalten. Um die Nachahmung des negativen Vorbilds zu unterbinden, entwickelte das Frauenreferat ein weiteres Programm, das sich an Jugendliche richtet. 150 Jugendliche zwischen 13 und 21 Jahre alt, die zur Gewaltanwendung neigen, haben bereits an den speziellen Kursen teilgenommen.

WOCHENÜBERSICHT

Papierkrieg

Buenos Aires (AT/nfk) - Die Proteste gegen den geplanten Bau von zwei Papierfabriken in Fray Bentos in Uruguay erreichten am Donnerstag einen weiteren Höhepunkt. An einer Brücke hinderten hunderte Bewohner der Stadt Colón (Entre Ríos) fünf Lastwagen, die mit Baustoffen für die Papierfabriken beladen waren, an der Weiterfahrt. Nur kurz zuvor hatte die Umweltorganisation Greenpeace eine Blockade auf derselben Brücke zwischen Colón und der uruguayischen Stadt Paysandú aufgehoben. Derweil protestierten hunderte von Anwohnern und Umweltschützern mit Sprüchen wie „Nein zu den Papierfabriken, Ja zum Leben“ vor dem argentinischen Außenministerium in Buenos Aires. Die Demonstranten fürchten, dass die geplanten Fabriken ihr Ackerland verseuchen und dem Tourismus schaden werden.

Erziehungspalast als Nationalmonument

Der offiziell Palast Sarmiento genannte Sitz des Erziehungsministeriums in der Rodríguez Peña-Straße zwischen Marcelo T. de Alvear und Paraguay am Petronila Rodríguez-Platz wurde durch Dekret 35/06 der Nationalregierung zum nationalen historischen

Monument erklärt. Der Bau, im Volksmund als Palacio Pizzurno bekannt, wurde von der begüterten Petronila Rodríguez, Erbin der dortigen vier Häuserblocks, erbaut. Anfangs sollte dort eine Kirche, eine Nonnen- und eine Mädchenschule für 700 Zöglinge eingerichtet werden. Der deutschstämmige Architekt Carlos Altgelt hatte das Gebäude entworfen, wo zuerst der Nationale Erziehungsrat („Consejo Nacional de Educación“) untergebracht wurde, ehe das Erziehungsministerium dort einzog.

Gehälter für Kunstdirektoren

Die Mitglieder der Führung des nationalen Kunstfonds („Fondo Nacional de las Artes“), der 1958 geschaffen wurde, werden künftig Gehälter beziehen. Fast ein halbes Jahrhundert lang erhielten weder der Präsident noch die Direktoren Entlohnungen, ausgenommen Reisegelder. Der Präsident, derzeit der Versicherungsgewerkschafter Héctor Valle, wird das Gehalt eines Unterstaatssekretärs beziehen. Damit stehen ihm monatlich 5000 Pesos zu. Zwölf der vierzehn Direktoren genießen künftig 2000 Pesos Gehalt. Die anderen beiden Direktoren bekommen kein Gehalt, weil sie

Beamte der Regierung sind. Einer ist der Kultursekretär der Nation und der andere ein Vertreter der Zentralbank.

Ibarras Plädoyer

Auf der Sitzung des Saales der Legislative von Buenos Aires, die über den suspendierten Regierungschef Aníbal Ibarra befindet, argumentierte Ibarra, dass keine konkrete Klage gegen ihn vorgebracht worden sei und dass die Verhandlung null und nichtig sei, weil seine Amtsführung während seines ersten Mandates durch die Wiederwahl gerechtfertigt worden sei. Der Saal lehnte das Plädoyer mit überwältigender Mehrheit ab. Nach der Sitzung am Dienstag folgten die Vernehmungen der über hundert Zeugen. Das wird mehrere Wochen beanspruchen.

Am 15. März muss Ibarra entweder abgesetzt oder freigesprochen worden sein. Sonst tritt er sein Amt wieder an.

Kühlhäuser gesperrt

Zehn Kühlhäuser („Frigoríficos“) der Provinz Buenos Aires wurden vom Landwirtschaftssekretariat der nationalen Regierung gesperrt. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie die Baisse der Fleischpreise am Rindermarkt von Liniers, wo sie einkaufen, nicht an die Fleischer und Konsumenten weitergegeben haben. Außerdem wurden neue Zulassungen von Schlachthöfen („Matarifes“) für 180 Tage ebenfalls gesperrt. Angeblich beabsichtigt die Regierung, diesen Markt von 300 Unternehmen zu säubern, die schwarz arbeiten.



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Ehrgeizige Erziehungspolitik

Mit der Verkündung Mitte der Vorwoche des neuen Gesetzes Nr. 26.075 haben Kongress und Exekutive eine besonders ehrgeizige Erziehungspolitik eingeläutet. Sie fußt auf dem bereits vor einem Jahrzehnt per Gesetz vorgeschriebenen Anteil des Bruttoinlandproduktes von 6 Prozent für Bildungsausgaben der öffentlichen Hand. Ein ehrgeiziges Ziel, das in der Folge nicht eingehalten wurde, weil die Wirtschaftskrise mit Rezession zwischen 1998 und 2002 es nicht zuließ. Insbesondere viele Gliedstaaten hielten sich nicht an die Auflagen und privilegierten Gehalts- und Rentenausgaben vor Erziehungszielen.

Das soll mit dem neuen Gesetz anders werden. Im Senat wurde das Projekt, das mit Erziehungsgewerkschaftern und Spezialisten abgeprochen worden war, einstimmig verabschiedet. Die Deputiertenkammer folgte knapp einen Monat später während der gleichen Sitzung, die das Gesetz für die Tilgung der Schulden gegenüber dem Internationalen Währungsfonds in Windeseile billigte.

Der Anteil von 6 Prozent am Bruttoinlandprodukt für Bildung soll freilich erst im Jahr 2010 erreicht werden. Ausgangsanteil sind 4 Prozent 2005, die jährlich zunehmen. In Pesos umgesetzt, vermehrte sich das Erziehungsetat 2006 um 5 Milliarden auf 27,9 Milliarden und soll bis 51,6 Milliarden 2010 klettern. Diese Zielgröße dürfte freilich jedes Jahr im Haushaltsgesetz neu gestaltet werden, je nachdem sich das Bruttoinlandprodukt verändert. Sollte, wie angenommen, diese Größe höher ausfallen, wenn die Ergebnisse des letztjährigen Wirtschaftszensus eingegeben werden, dann müsste der Bildungshaushalt in Pesos noch mehr wachsen, was freilich abzuwarten ist, kaum dass Kassennot das Gesetz des Handels bestimmt, wie während der jüngsten Krise, die sicherlich nicht die letzte sein wird.

Die Verkündung des neuen Gesetzes in einer Zeremonie im Regierungspalast mit zahlreichen geladenen Gäste der Erziehungsbranche weckte Hoffnungen in der Gesellschaft, dass dieses Mal die hehren Ziele verwirklicht werden können. Anders als das vorherige Erziehungsgesetz schreibt das neue vor, dass die Nation 40 Prozent und die Gliedstaaten 60 Prozent der entsprechenden Staatsausgaben tragen müssen. Damit auch alle Teile der Staatsverwaltung in der Nation und den Gliedstaaten mitmachen, soll das nationale Budget für Erziehung einem Sonderfonds zugeleitet werden, der das Prinzip der Kasseneinheit im Staatshaushalt freilich verletzt und gelegentliche Finanzierungsnoté heraufbeschwört, wenn die Wirtschaftskonjunktur weniger freundlicher ist als derzeit.

Evo Morales auf Besuch

Buenos Aires (AT/RTA) - Der gewählte Präsident Boliviens, Evo Morales, hielt sich am Dienstag kurz auf Besuch im Regierungsgelände von Buenos Aires auf. Er hatte Argentinien auf seiner Weltreise nicht besucht. Präsident Kirchner lud ihn ein und ließ ihn mit dem Regierungsflugzeug Tango 01 abholen und wieder zurückbringen. Morales hielt sich vier Stunden in Buenos Aires auf.

Das Gespräch mit Kirchner verlief freundschaftlich. Der Präsident hatte Morales im Wahlkampf mit einem Besuch in La Paz unterstützt, ihn aber während des amerikanischen Gipfels in Mar del Plata nicht empfangen. Morales nahm dort am sogenannten Gegengipfel teil, an dem der Präsident Venezuelas, Hugo Chávez, mit flammender Rede gegen die amerikanische Freihandelszone Stellung bezog.

Über den Gaspreis wurde nicht verhandelt, wie Morales der Presse mitteilte. Darüber wird sein Kabinett verhandeln. Argentinien bezieht Gas aus Bolivien, dessen Preis angeblich angehoben werden wird, ohne dass man wüsste, wieviel. Die argentinische Regierung subventioniert das Gas im Inland.

Zur morgigen Amtseinstellung von Morales reist Kirchner nach La Paz. Auch der chilenische Präsident Lagos wird sich überraschenderweise einfinden. Bolivien und Chile unterhalten seit 1978 keine diplomatischen Beziehungen. Zankapfel ist der von Bolivien gewünschte Ausgang zum Pazifik. Der uruguayische Präsident Tabaré Vázquez reist nicht und lässt sich durch seinen Außenminister vertreten. Offenbar ist er verärgert, weil Morales ihn nicht auf dessen Auslandsreise aufgesucht hat.

In manchen Provinzen runzeln die Gewaltigen mit der Stirn in Hinblick darauf, dass sie nicht mehr wie bisher auf Erziehungsgelder zurückgreifen dürfen, um andere Prioritäten zu befriedigen. Gegebenenfalls werden sie sich an das nationale Schatzamt wenden, wenn die bisherige Finanzierung entfällt.

Das neue Gesetz stellt auch ehrgeizige Ziele auf, die sicherlich löblich sind und sich nicht wie die Ausgabenpolitik auf die staatlichen Anstalten beschränken, sondern auch private Erziehungsinstitute betreffen. Alle Kinder ab 5 Jahren sollen unterrichtet werden, sukzessive auch die 3- und 4-jährigen Kinder, insbesondere der ärmeren Bevölkerungsschichten. Zehn Jahre obligatorischer Unterricht sollen ebenfalls garantiert werden, sofern freilich die Eltern mitmachen. 30 Prozent der Kinder sollen zudem am Morgen und am Nachmittag unterrichtet werden. Der Analphabetismus ist selbstverständlich auszurotten. Die technische Ausbildung soll gefördert werden. Eine zweite Sprache soll überall gelehrt werden, ebenso Informatik als Lehrfach. Forschung und Wissenschaft sollen grundsätzlich gefördert werden. Soweit die Erziehungsziele, die freilich nichts über mögliche Kollisionen dieser Ziele aussagen.

Im neuen Gesetz ist zudem vorgesehen, dass die Gehälter der Lehrkräfte anzuheben sind. Die Gewerkschafter zielen auf ein landesweites Mindestgehalt für alle Lehrkräfte ab, was die Finanzen der ärmsten Provinzen sicherlich über Gebühr belasten wird. Die Nation wird dabei mitfinanzieren, ist doch ihr Anteil im Bereich der Primar- und Sekundarschulen relativ gering, aber dafür sehr hoch bei staatlichen Universitäten.

Vor anderthalb Jahrhunderten war bei hohem Analphabetismus die Quantität der Schüler das Hauptziel, weshalb zunächst Lehrkräfte ausgebildet werden mussten, ehe das damalige revolutionäre Ziel des Pflichtunterrichts umgesetzt werden konnte. Jene Erziehungspolitik, die auf Präsident Sarmiento zurückging, war sehr erfolgreich. Gegenwärtig ist die Quantität weniger gefragt als die Qualität des Unterrichts und der Studienfächer, damit die Schüler ordentlich ausgebildet werden, allenfalls Universitäten besuchen und in der täglichen Arbeit zurecht kommen. Argentinien ist im internationalen Vergleich zumal gegenüber asiatischen Ländern erziehungspolitisch zurückgeblieben. Die Mühewaltung, hier eine baldige Besserung der Erziehung zu erreichen, ist sicherlich zu begrüßen, insbesondere wenn sie auch über die kommenden Jahre hinweg durchgehalten wird, wie der einst vor anderthalb Jahrhunderten.

Randglossen

Auf einer politischen Veranstaltung in der Umgebung von Buenos Aires rief Präsident Kirchner seinen sicherlich überraschten Zuhörern zu, dass er kerngesund sei, dass man ihn tot oder krank reden wolle und dass man lange Zeit noch mit ihm leben müsse. Dieses deutliche Dementi sollte den Gerüchten über seinen Gesundheitszustand entgegen treten, die behaupteten, dass Kirchner demnächst operiert werden würde. Gerüchte über Präsidentenkrankheiten tauchen immer wieder auf, vielfach erfunden, allemal wahr. Ob das Dementi freilich die Gerüchte aus der Welt schaffen wird, muss abgewartet werden. Der Gegenstand der Gerüchte betrifft zudem die Wiederwahl Kirchners im kommenden Jahr, über die ebenfalls allerlei Lesarten umlaufen.

Ein völlig unnötiger Konflikt belastet derzeit die Beziehungen zwischen Argentinien und Uruguay. Zwei Papierfabriken werden am uruguayischen Ufer des gemeinsamen Flusses errichtet, die laut Anfeindungen von Politikern und Umweltfanatikern in Entre Ríos die Erde, die Luft und vor allem das Flusswasser verseuchen werden. Die Regierung Uruguays und die Sprecher der Papierfabriken aus Finnland und Spanien lehnen die Anfeindungen entrüstet ab. Die Weltbank finanziert die Projekte und hat sich mit einem Gutachten schadlos gehalten. Zwei Lieferungen für die Fabriken wurden am argentinischen Zoll widerrechtlich zurückgehalten. Sie stammten aus Argentinien und Chile. Auch eine Delegation von Greenpeace aus Europa besetzte eine Fabrik, bis sie vertrieben wurde. Bisher haben die diplomatischen Bemühungen nichts gefruchtet. Peinlich.

AUSFLÜGE UND REISEN

Tropenparadies vor den Toren der Stadt

Man gehe von der Casa Rosada die Avenida de Mayo entlang bis zur Avenida Nueve de Julio, marschiere von hier schnurstracks bis zur Avenida Santa Fe, hinunter bis zur Leandro N. Alem und schließlich zurück zur Plaza de Mayo. Dann ist man weit genug gelaufen, um einmal die Küste der Isla Martín García abgeklappert zu haben.

Denn die Insel vor den Toren vor Buenos Aires (circa 185 Hektar) mitten im Río de la Plata ist nicht größer als das sogenannte Microcentro der Bundeshauptstadt. Und sie hält gleichzeitig einen bis zu einem gewissen Punkt traurigen Rekord: keine andere argentinische Sehenswürdigkeit ist dem allgemeinen Publikum so wenig bekannt wie dieses Tropeneiland. Dabei erreicht man Martín García (Entfernung Luftlinie von Tigre 37,5 Kilometer) bequem mit dem Ausflugskatamaran in drei Stunden, mit dem Flugzeug - auch dieser Dienst wird angeboten - in 30 Minuten.

Martín García ist Naturreservat, und diese Auszeichnung verdient sie sich. Mehr als zweihundertfünfzig Vogelarten hat man im Dickicht gezählt, Schmetterlinge in Fülle, dazu Flusschildkröten, seltene Nager und Lurche. Denn durch den Umstand, dass die Insel rundum vom stets warmen Wasser des Río de la Plata umspült ist, herrscht hier ein subtropisches Klima vor, das den Wuchs von Flora und Fauna begünstigt.

Bereits 1516 von Juan Díaz de Solís im Mündungstrichter des zweitgrößten südamerikanischen Stromes entdeckt und nach einem der Besatzungsmitglieder der Expedition benannt, der an Land von den Eingeborenen getötet und auf der Insel begraben wurde, fiel Martín García erst durch ein von Perón mit Uruguay geschlossenes Abkommen definitiv an Argentinien. Im Grunde handelt es sich um die felsigen Überreste eines uralten Gebirges, das sich einst an der brasilianische Küste entlangzog.

Im Lauf seiner Geschichte war Martín García Asyl abgesetzter Präsidenten (Hipólito Yrigoyen, Marcelo T. de Alvear, Perón und Frondizi), Marinestützpunkt, Lazarett, Verbannungs- und Gefängnisort, Quarantänestation, aber auch Steinbruch, von dem die Granitklötze für die ersten in Buenos Aires aus Stein errichteten öffentlichen Gebäude (so die San Ignacio-Kirche) herangeschafft wurden. Den Steinbruch kann man heute noch gleich an der Hafennole beim Ausschiffen besichtigen, an die heroischen Zeiten erinnern nahebei aufgestellte Bronzekanonen. Bemerkenswert ferner der Friedhof mit seinen teils merkwürdigen Holzkreuzen auf den Gräbern.

Auf dem höchsten Punkt der Insel, 20 Meter ü.N.N., erhebt sich der knapp 13 Meter hohe, 1897 in Betrieb genommene und 1957 abgeschaltete Faro, der charakteristische Leuchtturm. Ein wichtiger Bezugspunkt, denn zwischen der Insel und der nur 2000 Meter entfernten Küste Uruguays fließt der gefährliche Canal del Infierno vorbei, nach dem Río Paraná zu, herrschen hingegen seichte Sandbänke vor.

In den letzten Jahrzehnten ist Martín García mit einer aus Schwemmland entstandenen Insel zusammengewachsen, Timoteo Dominguez, die Uruguay gehört.

Auch ein Flugfeld besitzt Martín García, wo kleine Maschinen landen können. Manche wählen einen Besuch per Flugzeug, andere kommen mit den regelmäßigen Katamaranen. Manche bringen auch ein Fahrrad mit, um das Eiland abzustrampeln, was sehr praktisch ist.

Sowohl wochentags als auch an den Wochenenden gibt es bei Cacciola Ausflugspakete, die ab 65 Pesos pro Person erstaunlich kostengünstig sind (Info: www.tigre.gov.ar).

Die Insel zählt heute 165 ständige Bewohner. Es gibt für die Einwohner wie auch für die Touristen Lebensmittelläden, auch ein - heute



Der alte Leuchtturm von Martín García.

geschlossenes - Kino im Art Deco-Stil, Souvenirkioske, eine Hostería sowie andere Unterkunftsmöglichkeiten. Und viel Platz zum Spazierengehen und zum Bewundern der Natur.

Achtung allerdings: Gelegentlich kann es viele Mosquitos geben, das Mitnehmen von „Off“ ist angezeigt!

Patagonien per Automobil

Viele Reisende möchten Patagonien gern mit ihrem Auto kennenlernen, doch die Anfahrt von oft mehreren tausend Kilometern ist ihnen zu beschwerlich. Lösung: den Wagen per Tieflader an den Bestimmungsort schicken, hinfliegen und vor Ort das Auto besteigen. Der Dienst befördert Kraftwagen, aber auch Motorboote u.ä. nach Neuquén, San Martín de los Andes, San Carlos de Bariloche, Viedma, Puerto Madryn, Comodoro Rivadavia, Río Gallegos und Calafate. Info und Reservierungen: Malaver 2929, Olivos, Tel.: von montags bis freitags 4797-1399 oder info@patagoniadom.com.ar. Vorzugstarife für Mitglieder des Argentinischen Automobil Clubs (ACA).

Marlú

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,07. Die Rofex-Terminkurse betragen zum 31.1. \$ 3,049, 28.2. \$ 3,060, 31.3. \$ 3,069, 2.5. \$ 3,078, 31.5. \$ 3,089 und 30.6. \$ 3,101.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 3,9% auf 1.701,18, der Burcapindex um 7,0% auf 5.327,82 und **der Börsenindex um 5,0% auf 77.068,86.**

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 5% auf \$ 2,383.

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betragen am 16.1.06 US\$ 18,88 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 47,20 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 18,75 Mrd. bzw. \$ 48,33 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 27,44 Mrd. bzw. \$ 45,50 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 19,82 Mrd. bzw. \$ 36,09 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 17.1.06 95,9%.

Die Provinzregierung von Santa Fe hat vorübergehend den Betrieb der Wasserver- und -entsorgung in 15 Städten der Provinz übernommen. Die französische Suez war durch die am vorletzten Freitag aufgelöste Firma Aguas Provinciales der bisherige Konzessionär. Die Provinzregierung arbeitet an einer Gesetzesvorlage, um das Unternehmen in eine AG zu verwandeln, von der die Provinz 90% der Aktien hält und die Belegschaft, wie bisher, 10%. Eventuell könnten auch Gemeinden Aktien erwerben. Das Unternehmen würde ASSA (Aguas San-

Flyer
Lufthansa
City Center
(Zona Norte)

Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: flyer@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

tafecinas SA) heißen und von einer vertraglich verpflichteten Privatfirma geführt werden. Die Generalversammlung (Suez) beschloss die Auflösung der Firma wegen „Verlustes des Kapitals“ und erklärte der Presse, man sei in diese von den Aktionären nicht gewünschte Lage gelangt, nach 4 Jahren ständiger Bemühungen um die Konzession in den 15 Provinzstädten aufrecht zu erhalten.

Die Regierung macht bei den von ihr geplanten E-Werken Fortschritte. Die Stromerzeuger haben bereits die Gesellschaften gebildet, die die E-Werke errichten und betreiben werden. Federführend werden, in dem in Campana zu errichtenden Werk, das Termoelectrica General Belgrano heißen wird, die spanische Endesa und in der in Rosario zu errichtenden Termoelectrica San Martín, die französische Total sein. Die Finanzierung übernimmt teilweise der im Juli 04 vom Energiesekretariat mit den Schulden der staatlichen Stromverteilungsbehörde an die Stromerzeuger geschaffene Foninmem Fonds. Die beiden Gasdampfkraftwerke mit je 800 MW Leistung werden rd. US\$ 900 Mio. kosten. Sie sind ein Grundpfeiler der Regierungspläne, um den für 08 erwarteten Stromversorgungsproblemen entgegenzuwirken.

Wie das Senasa Amt bekanntgab, wurden in den ersten 11 Monaten 05

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

Mathias Bless, 74, am 12.1.

Erica Behrmann, am 16.1.

Ministerin Miceli mit Industrieunternehmern

Wirtschaftsministerin Felisa Miceli hatte am Montag eine Zusammenkunft, im Rahmen eines zwei Stunden dauernden Mittagessens, mit Vorstandsmitgliedern des Spitzenverbandes der Industrie, der „Unión Industrial Argentina“. Dabei wiesen die Unternehmer zunächst auf die Notwendigkeit hin, ein neues Gesetz über Arbeitsunfälle- und Krankheiten zu verabschieden, um das Problem zu lösen, das der Oberste Gerichtshof geschaffen hat, als er die Bestimmung des geltenden Gesetzes für verfassungswidrig erklärte, wonach Arbeitnehmer, die im Gesetz inbegriffen sind, nicht ausserdem eine Klage bei der Justiz einreichen können. Der Oberste Gerichtshof der Menem-Regierung hatte diese Klausel als verfassungskonform erklärt. Der neue Gerichtshof hat sich dem politischen Druck gebeugt.

Die Unternehmer befürworten ein Gesetz, das bestimmt, dass der Arbeitnehmer wählen muss, entweder die Entschädigung zu erhalten, die das Gesetz vorsieht, oder Klage vor Gericht erheben zu können, statt beides zu tun, wie es gegenwärtig der Fall ist. Nachdem die Richter hohe Entschädigungen ziemlich willkürlich festzusetzen pflegen, entsteht hier eine grosse Unbestimmtheit der Arbeitskosten. Das Arbeitsministerium hat schon ein Projekt ausgearbeitet, das jedoch in 80 Punkten von den Unternehmern beanstandet wurde. Danach hatte der ehemalige Wirtschaftsminister Lavagna ein eigenes Projekt ausgearbeitet, das den Unternehmen mehr entgegenkam. Nachdem Arbeitsminister Tomada von Beruf Gewerkschaftsanwalt ist, kann man von ihm keine vernünftige Lösung erwarten. Ministerin Miceli versprach, sich der Sache anzunehmen, wies jedoch darauf hin, dass sie dabei mit dem Arbeitsministerium zusammenarbeiten werde. Somit kann man kaum eine gute Lösung erwarten. Das Lavagna-Projekt scheint vorerst begraben zu sein.

Vertreter mittlerer und kleiner Unternehmen forderten, dass das Gesetzesprojekt aus der Lavagna-Periode über Förderungsmassnahmen verabschiedet werde. Das Projekt bestimmt, dass diese Unternehmen während zwei Jahren die Beträge von der Gewinnsteuer abziehen dürfen, die sie in Maschinen und Anlagen investieren.

Das Gespräch zwischen der Ministerin und den Industrieunternehmern konzentrierte sich auf die Notwendigkeit, Investitionen zu fördern. Frau Miceli versicherte, dass die Preisabkommen, die die Regie-

rung mit Unternehmen abschliesst, dazu dienen, die Inflationserwartungen zu mildern, dass aber die echte Lösung in der Investitionsförderung bestehe, wobei man abwarten müsse, bis die Investitionen reifen. Zunächst gehe es darum, die Inflation in Grenzen zu halten.

Der ehemalige Produktionsminister (unter Duhalde), José Ignacio de Mendiguren (der Hauptverantwortliche für die asymmetrische Psefizierung, die ein Riesengeschank für Unternehmen darstellte, die bei lokalen Banken in Dollar verschuldet waren), der jetzt wieder in seiner Eigenschaft als Industrieunternehmer auftritt, wiederholte die abwegige These des ehemaligen Ministers Lavagna, dass die Investitionsrate von 21% auf 25% erhöht werden müsse, damit das BIP jährlich um 6% zunehmen könne. Dazu sei zu bemerken, dass diese Rate gegenwärtig keine 21% beträgt, dass dieser Koeffizient, der unter 20% liegt, bei Berichtigung (wegen Einschluss von Mobiltelefonen und Luxusbauten und wegen der Veränderung der relativen Preise gegenüber der Konvertibilitätsperiode zum Schaden der Kapitalgüter) real noch viel geringer ist, und dass die 25% eine reine Phantasie sind, da die finanziellen Bedingungen für eine derartig hohe Investitionsrate bei weitem nicht gegeben sind. Die argentinische Wirtschaft kann gewiss auch bei geringen Investitionen gut wachsen, sofern Prioritäts- und Effizienzkriterien streng beachtet werden.

Was die wirtschaftlichen Beziehungen zu Brasilien betrifft, sagte die Ministerin, Argentinien werde seine Industriepolitik verteidigen. Das Kfz-Regime müsse die regionale Integration mit der langfristigen Förderung von Investitionen in Einklang bringen. Die Unternehmer haben die Absicht der Regierung voll unterstützt, eine Norm über sogenannten „Konkurrenz Anpassung“ in das Regelewerk des Mercosur einzufügen, so dass in bestimmten Fällen die Festsetzung von Importkontingenten für Waren aus Brasilien (eventuell auch in entgegengesetzter Richtung) einzuführen ist.

Die Industrieunternehmer wiesen darauf hin, dass der Durchschnittslohn der Industrie sich um um 20% über der seit der Abwertung von Anfang 2002 kumulierten Inflation befinde. Die Forderungen der Gewerkschaften müssten gebremst werden. Das Gleiche hatten die Unternehmer am Freitag der Vorwoche gegenüber Präsident Kirchner geäußert.

8.433 t frisches Hammelfleisch für US\$ 20,8 Mio. exportiert. Das waren mengenmässig um 47% und wertmässig um 42% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im ganzen Jahr 04 wurden 6.163 t für US\$ 15,7 Mio. ausgeführt. Hauptabnehmer waren 05 Spanien mit 4.361 t, vor Grossbritannien 1.060 t, Nordirland 522 t, Frankreich 482 t, Italien 306 t, Holland 281 t, Deutschland 238 t, Algerien 250 t, Israel 174 t und Portugal 162 t.

Im Dezember 05 wurde wegen des milderen Wetters nur um 4,1% mehr Strom verbraucht als vor einem Jahr. Wie die Fundelecstiftung bekanntgab, war er dennoch der Monat mit den grössten Stromlieferungen, 7.684,8 GWh, um 3,79% mehr als im

November. Die grössten Zunahmen wurden in den Provinzen mit den höchsten Temperaturzunahmen verzeichnet, in San Luis 10,59%, Jujuy 9,43% und Cordoba 9,39%.

Das Zementwerk Loma Negra gab die Beendigung seines Schuldentrückkaufes bekannt. Dabei wurden Obligationen für US\$ 233,8 Mio., von insgesamt US\$ 264 Mio., frühzeitig bezahlt. Ein Teil der Zahlungen erfolgte mit einem Kredit von US\$ 95,9 Mio. der BankBoston. Die Generalversammlung hat die Neuaufgabe von Bonds für bis zu US\$ 500 Mio. für Investitionen und Umschuldungen gebilligt.

Im Strandort Pinamar wurde mit einer Investition von US\$ 12 Mio. der Bau von Villa del Mar begonnen, einem Luxusvorhaben auf 3 ha am Strand, mit allen Bequemlichkeiten. Bauherren sind die Firma Pinamar, Gründerin der Stadt, die Investment-Beraterfirma Tenax Investment Partners, die Versicherungsgesellschaft Boston Compañía Argentina de Seguros und Caeca.

Die Molkereunternehmen La Serenisima und SanCor, die zusammen 35% und in einigen Bereichen 80% Marktanteil haben, haben mit der Regierung vereinbart, durch ein

Jahr die Preise von 9 Erzeugnissen nicht zu ändern. Bedingung sei, dass keine Kostenänderungen eintreten. Deshalb wird das Abkommen alle 2 Monate, oder wenn es notwendig erscheint, überprüft werden. Die Vertreter beider Unternehmen kamen getrennt mit dem Präsidenten zusammen und unterschrieben mit ihm.

Über 100.000 mit den Beleuchtungs- und Strassenreinigungsabgaben (ABL) oder Kfz-Gebühren in Verzug geratene Steuerpflichtige von Buenos Aires Stadt können sich im Zahlungsplan der städtischen Steuerbehörde eintragen, der nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt rechtsgültig wurde. Obwohl die Durchführungsbestimmungen noch nicht veröffentlicht wurden, wird angenommen, dass sich Zahlungswillige nicht einmal zur Behörde bemühen müssen. Sie würden in den nächsten Wochen Zahlungsaufforderungen zugeschickt bekommen. Hauptbedingungen sind: 1) Die Schuld darf nicht grösser als \$ 3.600 sein. 2) Es darf noch keine Klage erfolgt sein. 3) Bei Zahlung der Gesamtschuld ist nur ihr Nennwert, ohne Zinsen oder Aufschläge, zu bezahlen. 4) Bei Ratenzahlungen, höchstens 6 Monatsraten, wird 1% Verzögerungszins pro Monat aufgeschlagen. Das sei die Hälfte der üblichen Verzugszinsen des

Steueramtes. Weitere Belastungen werde es nicht geben. Damit können alle Steuerschulden an die Stadt ausser auf Bruttoeinnahmen (Umsatz) bezahlt werden, wie ABL-, Kfz-, Plakat- und Strassenwerbungs-Abgaben. Die Eintragsfrist läuft am 31.3.06 ab.

GfK, das grösste Marktforschungsunternehmen Deutschlands, erwarb 80% der argentinischen KleimanSygnos, die 05 E 1,3 Mio. umgesetzt hat, und 51% von Merc, die E 5,9 Mio. umsetzte. KleimanSygnos, mit Sitz in Buenos Aires, hat 110 Mitarbeiter für Marktforschung und Beratung. Unter ihren Kunden befinden sich Philip Morris der Altria Gruppe, der Hersteller der Cepas Argentinas Getränke und die mexikanischen PepsiCo, Nestle, Aerovías de México und Pfizer.

Auf Sparkassen-, Frist- und Sondersparkonten-Einlagen in in- oder ausländischer Währung in Finanzanstalten unter ZB-Aufsicht, d.h. vorwiegend Banken und einigen anderen Finanzinstituten, muss keine Steuer auf persönliche Vermögen bezahlt werden. Sie müssen in der jährlichen eidesstattlichen Steuererklärung zum 31.12. als Vermögen, jedoch in der Spalte „nicht steuerpflichtig“ angegeben werden, damit sie nicht Teil der Berechnungsgrundlage bilden. Die-

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.

Anwälte

Abogados

Claudio Gaebler

Erbschaften u.a. Sucesiones e.o.
4798-5650 / 15-4532-1753

2005 als Rekordjahr der Industrieproduktion

Der Index der Industrieproduktion des statistischen Amtes (INDEC), genannt EMI („Estimador Mensual Industrial“), der kein vollständiger Index ist, sondern auf kurzfristig verfügbaren Daten der grossen Industrieunternehmen und der Branchen mit eigenen Statistiken aufgebaut wird, lag im Jahr 2005 um 7,7% über dem Vorjahr und um 0,5% über November, und erreichte somit einen historischen Rekord, der über dem bisherigem vom Juni 1998 lag. Gemäss der statistischen Serie lag der Indexwert im Jahr 1998 bei 102, sank dann bis auf 87 im Jahr 2001 und 88 2002, und stieg von da an bis auf 108 im Jahr 2005. Der Index lag somit 2005 um 6% über 1998. Indessen ist die Zahl der Beschäftigten in der Industrie geringer als 1998, weil mehr arbeitssparende Methoden angewendet werden, u.a. wegen starkem Einsatz von Computertechnologie. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die industrielle Beschäftigung jedoch um 6,7%, wobei die Löhne um 20,1% höher waren.

Man kann annehmen, dass die Industrieproduktion in Wirklichkeit über der vom INDEC angegebenen liegt. Der Index berücksichtigt viele Branchen und Betriebe nicht, die im Zuge des stärkeren Schutzes, den der real hohe Wechselkurs beinhaltet, expandiert haben. Holz und Holzindustrie (so wie Möbel) werden nicht berücksichtigt, ebenfalls die Textilkonfektion nicht und auch zahlreiche kleinere Betriebe, die allerlei diversifizierte Produkte erzeugen. Beim Index haben die industriellen Commodities das Schwergewicht, wobei die Weiterverarbeitung ungenügend berücksichtigt wird.

Das höchste Wachstum wies 2005 gegenüber 2004 die Kfz-Industrie mit 26,7% aus, gefolgt von nicht metallischen Erzen mit 14,4%, Kautschuk und Kunststoffen mit 10,3%, Textilien mit 9,4%, Druckereien mit 9%, Chemikalien mit 7,4%, Nahrungsmittel mit 6,1%, Papier und Pappe mit 4,8% und Grundmetallindustrien mit 4,5%. Die Erdölraffinerie verzeichnet eine Abnahme von 0,1% und die Tabak- und Zigarettenindustrie eine von 6,4%. Letzteres ist positiv zu werten, da es darauf hindeutet, dass weniger geraucht wird, was der Bevölkerung zum Wohle gereicht.

Die Auslastung der Kapazität ging von 72,1% im November auf 69% im Dezember zurück, was auf eine Kapazitätserweiterung hindeutet. Diese Statistik des INDEC ist jedoch mit Vorsicht zu geniessen, da sie auf Angaben der Unternehmen fusst, die sich nicht an die gleichen Bemessungsgrundlagen halten. In vielen Fällen wird die Kapazität auf einer Schicht berechnet, wobei rund um die Uhr gearbeitet werden kann. In anderen hängt sie von der Produktpalette ab, so dass sie durch Spezialisierung erhöht werden kann. In anderen wiederum gibt es Engpässe, deren Beseitigung durch relative Zusatzinvestitionen die Gesamtkapazität stark erhöht. Der Kapazitätsbegriff ist in der Praxis sehr elastisch.

se Begünstigung ist seit dem 31.12.01 in Kraft und wurde jetzt, mit dem Gesetz über persönliche Vermögenssteuern, bis zum 31.12.09 verlängert.

Wirtschaftsministerin Miceli hat die von Vertretern der Landwirtschaft geforderte Verringerung der Ausfuhrsteuern abgelehnt. Sie wiederholte die Absicht der Regierung, einen Fonds mit einem Teil der Erträge aus diesen Steuern zu schaffen, um die Produktion in dem Bereich zu fördern und die Preise von Fleisch und Molkereiprodukten zu verringern. Der Fonds würde über \$ 500 Mio. verfügen um der Fleisch- und Milchproduktion Kredite zu 10,75% im Jahr zu gewähren, die eine Gutschrift von 3% aus Mitteln erhalten würden, die von den \$ 10 Mrd. abgezweigt werden, die die Ausfuhrsteuern jährlich einbringen.

Am Mittwoch wurde die Errichtung des Wasserkraftwerkes am Añá Cuá-Arm des Paranáfusses beim Yacretá-Wasserkraftwerk in-

ternational ausgeschrieben. Es soll zusätzliche 300 MW bereit stellen. Die Unterschrift des Durchführungsvertrages, nach allen Amtswegen der Ausschreibung, ist für den 14.8., in 209 Tagen, vorgesehen.

05 wurden 572 Kollektivverträge vom Arbeitsministerium bestätigt. Es waren um 64% mehr als 04 und die grösste Zahl in den letzten 15 Jahren.

Die Regierung hat mit dem Verband der Geflügelverarbeiter (Cepa) ein Abkommen unterschrieben. Der Verband verpflichtet sich, den Preis für Hühnerfleisch für den Grosshandel durch ein Jahr auf \$ 2,70 plus MwSt. pro kg zu halten.

Nach 3monatigen Verhandlungen in Dallas und Houston wurde einer der grössten Verkäufe von Aktiven in Argentinien, nach der Abwertung, abgeschlossen. Apache hat das Erdölgeschäft von Pioneer

Steuerkontrollen 2005

Im vergangenen Jahr hat das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) 534.000 Steuerkontrollen durchgeführt und bei eidesstattlichen Erklärungen Änderungen für insgesamt \$ 6,18 Mrd. durchgesetzt. Dabei wurden in ersten Unternehmen 21.000 Kontrollen, 4% der Gesamtzahl, durchgeführt. Bei Ihnen wurden zusätzlich \$ 5,3 Mrd. eingetrieben, 86% des Gesamtbetrages.

Nach weiteren Erklärungen von Steuereinsamler Abad, lege das Amt einen so grossen Wert auf die Kontrollen der Grossbetriebe, weil sich bei ihnen das günstigste Ermittlungskosten/Steuerertrags-Verhältnis ergebe. Es wurden 9.200 Grossunternehmen kontrolliert. Unter ihnen seien die grössten Hinterzieher die Finanzanstalten, mit 44% aller festgestellte Fälle. Es folgen Industrieunternehmen mit 29% und Dienstleister mit 16%.

Die meisten Unrichtigkeiten in den Steuererklärungen wurden bei der Gewinnsteuer (Einkommen), mit 58% des Gesamtbetrages, gefunden. Ihr folge die MwSt. mit 29% und andere Steuern mit 13%.

Bei der Überprüfung der Steuererklärungen von 11.800 natürlichen Personen wurden Berichtigungen um \$ 650 Mio. angeordnet, 12% des Gesamtbetrages. Die Auswahl der zu überprüfenden Einzelpersonen wurde anhand ihrer im Land gekauften Luxuswohnungen, teureren Automobile und in Brasilien gekauften Wohnungen durchgeführt. Auch wurden die Vermögenserklärungen bekannter Personen, wie Fussballspielern, aufs Korn genommen. Einer war beinahe mittellos, Einheitssteuerzahler der niedrigsten Einkommensstufe und fuhr einen BMW-Sportwagen. Ein ehemaliger Fussballspieler der Nationalmannschaft gab kein persönliches Vermögen an, hatte jedoch eine Immobilie für \$ 4,5 Mio. gekauft. Und ein bekannter Rennfahrer gab für 2004 eine Einkommensteuererklärung ab, nach der er weder Ein- noch Ausgaben gehabt hatte.

Natural Resources, beide USA, in Argentinien für US\$ 675 Mio. übernommen und befindet sich damit unter den 10 grössten Rohöl- und Erdgasförderern des Landes. Apache hat 04 US\$ 5,33 Mrd. umgesetzt und erhöht seine Reserven von knapp 2 Mrd. Barrel mit dem Kauf um weitere 101 Mio. Barrel Erdöl und -gas. Die bezahlten US\$ 7 pro Barrel seien ein guter Preis, da 70% der Förderung Erdgas sei. Die Übernahme könnte erst im 2. Quartal erfolgen, da Pioneer bei einigen der Vorkommen Partner hat, die zu einem Gegenangebot berechtigt sind.

Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) hat Argentinien ein Darlehen von US\$ 700 Mio. gewährt, um Empfänger des Unterstützungsplanes für arbeitslose Familienoberhäupter in den Familienbeihilfeplan für ungelernete Arbeitskräfte zu übertragen. Argentinien muss aus Eigenem US\$ 300 Mio. beitragen, womit ein Gesamtbetrag von US\$ 1 Mrd. entsteht, wie das Dekret 32/06 bestimmt. Im Oktober 05 hatte der Plan für Familienoberhäupter 1,47 Mio. Empfänger. Etwa 15.000 davon wurden in Versuchsplätzen wie Posadas, Santa Fe und Ituzaingó in den Familienplan übertragen, bei dem die Beihilfe, \$ 150 bis 200 im Monat, je nach der Kinderzahl, der Frau ausbezahlt wird. Mit 3 Kindern beträgt die Unterstützung \$ 150, mit 4 \$ 175 und mit 5 oder mehr Kindern \$ 200. Zum Unterschied mit dem Plan für Familienoberhäupter ist keine Gegenleistung der Empfänger vorgesehen, die jedoch alle 4 Monate nachweisen müssen, dass die Kinder die Impfpläne befol-

gen und regelmässig zur Schule gehen.

Das Wirtschaftsministerium hat den Haushalt 06 für den amtlichen Postdienst bewilligt. Es sind Einnahmen von \$ 638,95 Mio., Ausgaben von \$ 624,69 Mio. und ein operativer Gewinn von \$ 14,2 Mio. vorgesehen. Der laufende Gewinn werde \$ 17,5 Mio. betragen. Corasa (Correo Oficial de la República Argentina) wirft somit nach der Rückverstaatlichung im 2. Jahr in Folge Gewinn ab. Ursprünglich sollte die Post wieder privatisiert werden, doch wegen des wirtschaftlichen Erfolges und dem Bestreben der Regierung, einen gewinnbringenden Staatsbetrieb vorzeigen zu können, bleibt sie weiter in Staatshänden. Ihr Präsident ist der ehemalige PJ-Abgeordnete Eduardo Di Cola aus Cordoba.

Die Verhandlungen, um die Preisabkommen mit einzelnen Industrieunternehmen auf die Supermärkte auszudehnen, machen Fortschritte. Für die kommende Woche wird die Ankündigung der Abkommen mit den grossen Supermarktketten erwartet. Diesmal will die Regierung mit den grossen Lieferanten der Supermärkte verhandelt haben, bevor sie eine Vereinbarung mit den Endverkäufern anstrebt.

In 41% der von der Steuerbehörde der Provinz Buenos Aires in Urlaubsressorts der Atlantikküste besuchten Geschäfte wurden Unregelmässigkeiten festgestellt. Ermittelt wurde in Necochea, Miramar, Mar del Plata, Villa Gesell, Pinamar, Partido La Costa und Monte Hermoso, in 80 Spielwarengeschäften, 428 Restaura-

Das Projekt der Gasleitung Venezuela-Argentinien

Als anlässlich des Besuches von Präsident Kirchner in Venezuela das Projekt einer Gasleitung von diesem Land aus über Brasilien bis nach Argentinien aufkam, wurde der Fall allgemein nicht ernst genommen. Man dachte, es handle sich um eine der üblichen Phantasien von Hugo Chaves, dem es nur auf die politische Wirkung seiner Worte ankommt.

Bei der Zusammenkunft von Kirchner, Lula da Silva und Chaves in Brasilia wurde dieses Projekt letzte Woche besonders hervorgehoben, was die Öffentlichkeit aufhorchen liess. Dennoch hat sich am Projekt selber nichts geändert. Es ist und bleibt grober Unfug.

Der argentinische Energieexperte Francisco Mezzadri wies darauf hin, dass die Ankündigung einer derartigen Investition, womöglich weltweit die grösste der Gegenwart, nicht seriös ist. Denn vorher müsse eine Faktibilitätsstudie durchgeführt werden, die bisher nicht einmal in Auftrag gegeben worden ist. Zunächst sei von Kosten von u\$ 4 Mrd. die Rede gewesen, dann von u\$ 10 Mrd., und jetzt werden sogar u\$ 20 Mrd. erwähnt.

Chaves erklärte, die Investitionen würden in 5 Jahren zurückgezahlt werden können, und erwähnte, dass ein chinesisches Unternehmen, an dessen Namen er sich nicht erinnere, sein Interesse am Projekt geäussert hätte. Er betonte, dass Venezuela über die grössten Erdölreserven Südamerikas verfüge, und weltweit an achter Stelle stünde.

Experten rechnen, dass das Gas an der argentinischen Grenze nicht unter u\$ 10 je Mio. BTU kosten werde. Das bolivianische Gas kostet an der Grenze etwas über u\$ 2 je Mio. BTU, und den lokalen Produzenten wird ein Preis von u\$ 1,20 am Förderungsort anerkannt. Dass die argentinische Wirtschaft einen Preis von u\$ 10 verkraften kann, ist höchst unwahrscheinlich. Mezzadri wies darauf hin, dass es bei diesem Preis wohl billiger sei, das Gas zu verflüssigen und per Schiff nach Argentinien zu befördern.

Bei dieser Sachlage, und angesichts einer bevorstehenden Gasknappheit in Argentinien, fragt man sich, ob es nicht vernünftiger wäre, den lokalen Unternehmen einen höheren Preis anzuerkennen, eventuell nur für Gas aus neu entdeckten Lagern, und die Forschung zu fördern. Die Erdöl- und Gasunternehmen haben vorgeschlagen, dass ihnen der doppelte Abzug der Ausgaben für Forschung gestattet werde. Aber die Regierung hat auf diesen Vorschlag nicht reagiert. Es besteht im Energie-sekretariat überhaupt kein Kontakt zwischen der Regierung und den Privatunternehmen

tionsbetrieben, 16 Baumaterialgeschäften und 11 Pubs. Ausserdem wurden 1.409 Belege geprüft und 9 Lokale wegen Nichtausstellung von Quittungen geschlossen. Bis zum 14.1. wurde die Gebührzahlung bei 29.557 Kfz geprüft und 5.913, die mit insgesamt \$ 8,1 Mio. in Verzug waren, mit der roten Steueründer vignette versehen.

Mit Beschluss 11/06 (Amtsblatt vom 18.1.06) wurde eine Dumpingermittlung gegen Transformatoren mit Feuchtigkeitsschutz aus Brasilien eingeleitet. Wie das Industriesekretariat weiter bekanntgab, sei ausreichendes Beweismaterial vorhanden. Die Ermittlung wurde Mitte 05 von argentinischen Herstellern, über die Cipibic (Cámara de Industriales de Proyectos de Ingeniería de Bienes de Capital) beantragt.

Wirtschaftsministerin Miceli erklärte in Brasilien, was Kredite betreffen befänden sich die argentinischen Unternehmen in einer besseren Lage als die brasilianischen. Das Finanzsystem Argentiniens könne alle notwendigen produktiven Vorhaben

mit den erforderlichen Mitteln versehen. Sie verneinte, dass Kreditbedingungen in Brasilien besser seien als in Argentinien. Argentinien biete äusserst günstige Fristen und Zinssätze, so dass wir, wenn es notwendige Vorhaben gibt, sie finanzieren.

Die ZB gab Änderungen bei ihrer Ermittlung der Markterwartungen (REM - Relevamiento de Expectativas de Mercado) bekannt, die seit Anfang 04 mit Angaben von Experten, Beratern und Studienzentralen gemacht wird. Die REM wird ab jetzt monatlich und nicht mehr wöchentlich veröffentlicht. Sie wird, zusammen mit dem Verbraucherpreisindex des Statistkamtes, in der erste Woche jeden Monats bekannt gegeben. Ausserdem werden auch Angaben von ersten Unternehmen eingegliedert, die eigene Wirtschaftsanalysen durchführen, wie der ZB-Mitteilung 48.456 vom 18.1.06 zu entnehmen ist.

Die zusätzlichen Mittel für die Umsetzung der neuen Erziehungsgesetze werden vorwiegend zu Lasten der Provinzen gehen. Wie die Beraterfirma Economía & Regiones

BIP nahm 2005 um 9,2% zu

Das statistische Amt (INDEC) hat die monatliche Schätzung des BIP (EMAE, Estimador Mensual de la Actividad Económica) für November bekanntgegeben, der eine grobe Schätzung des Bruttoinlandsproduktes darstellt. Die Zunahme gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat betrug 9,1% und gegenüber Oktober 2005 0,9%.

Die ersten 11 Monate 2005 lagen somit um 9,2% über der gleichen Vorjahresperiode. Die einzelnen schon bekannten Abgaben für Dezember, mit einem aussergewöhnlich guten Weihnachts- und Neujahresgeschäft, deuten darauf hin, dass dies die Zunahme für das ganze Jahr 2005 sein wird. Es handelt sich um die höchste BIP-Zunahme seit 1992. Somit nimmt das BIP schon 36 Monate hintereinander zu. In den letzten 3 Jahren verzeichnet das BIP eine Zunahme von 29,5%, die höchste der letzten 100 Jahre, vorher nur übertroffen durch die von 43% in der Periode 1903-05. Allerdings ist bei der jüngsten Zunahme zu bemerken, dass das BIP vorher im Laufe eines Jahres (März 2001 bis März 2002) um 20% gesunken war.

feststellt, werden die Provinzen 06 für die Erziehung \$ 4,06 Mrd. mehr als 05 aufbringen müssen. 05 hätten die konsolidierten Ausgaben für Erziehung und Kultur über \$ 21,9 Mrd. betragen. 76% (\$ 16,63 Mrd.) wurden von den Provinzen und Buenos Aires Stadt bezahlt, die restlichen 24% von der Nationalregierung.

Von Ende Dezember 01 bis Ende Oktober 05 haben die Industriekosten Argentiniens um 120,8% zugenommen, wie die Argentinische Unternehmensuniversität UADE ermittelt hat. 05 haben die Kosten, nach einer Verringerung in den ersten 2 Monaten, um monatlich 1% zugenommen, ausser im März, in dem die Zunahme 2,7% betrug. Unter den Ursachen werden die Nennwerterhöhung der Entlohnungen, die Preiserhöhungen importierter Erzeugnisse und die Zunahme der internationalen Rohölpreise genannt, die sich insbesondere bei den Raffinerien und ihren Endprodukten auswirkten.

Obwohl die Zunahme im Vorjahresvergleich geringer als 04 war, ist der Verbrauch 05 um 8,4% gestiegen. Die 69 Referenzprodukte, die die Beraterfirma ACNielsen als Grundlage ihrer Ermittlung nimmt, verzeichnen seit 01 mengenmässige Zunahmen von 15%. Wertmässig betrug die Zunahme 05 18%. Die Preise sind, der selben Ermittlung zufolge, um 102% teurer als im letzten Jahr der Konvertibilität. Zu Jahresende 05 wurde eine im ganzen Jahr bemerkte Tendenz bestätigt. Die Preise der nicht lebensnotwendigen Produkte haben mehr als die lebensnotwendigen zugenommen. Lebensmittel wurden um 8% teurer. Dabei ist der Absatz der Grundnahrungsmittel noch immer um 2% geringer als 01. Nicht lebensnotwendige Produkte, wie etwa tiefgekühlte Lebensmittel, sind bereits um 21% teurer als 01.

Grund und Boden für die Landwirtschaft ist in der Provinz Buenos Aires, in Dollar, um 20% bis 30% teurer als vor einem Jahr. Der Compañía Argentina de Tierras zufolge kostete der ha besten Ackerbodens für Sojabohnen und Mais, der Anfang 05 U\$ 5.400 kostete, zu Jahresende U\$

7.000, um 29,6% mehr. Bei anderen Ländereien war die Erhöhung geringer, aber überall bedeutend. Anbaugrund für Weizen wurde um 25% teurer, für Kartoffel um 22% und für Verschiedene um 15%. Winterweidengrund für die Viehzucht kostete U\$ 2.800 pro ha, um 21,7% mehr. In den tieferliegenden Zuchtgebieten des Saladobeckens kostete der ha rd. U\$ 950, um 26% mehr. Bemerkenswert sei, dass diese Preiszunahmen in einem Jahr erfolgen, in dem die Rentabilität der Felder gegenüber 03 und 04 zurück gegangen ist. Damals hatten Sojabohnen den höchsten Preis ihrer Geschichte.

Haftpflichtschuldige Kfz-Unfälle kosten seit dem Ende der Konvertibilität um 75% mehr, wie der Verband der Versicherungsgesellschaften bekanntgab. Die Zunahme ist durch die grössere Anzahl der Unfälle, und ihre grösseren Kosten bedingt. Jährlich kosten sie das Versicherungswesen jetzt \$ 3,43 Mrd., davon \$ 2,65 Mrd. durch Todesfälle und Verletzungen und \$ 780 Mio. durch Sachschäden. Dabei wird von einem Kfz-Bestand im Verkehr von 7,5 Mio. Fahrzeugen ausgegangen. Rd. 40% davon seien nicht Pflichtversichert.

05 hat der Staat einen bisherigen Rekordüberschuss von \$ 19,66 Mrd. erwirtschaftet. Im Dezember ging der Primärüberschuss (vor Schuldenbedienung) gegenüber dem Vormonat stark zurück, was wegen der Weihnachtsremunerationen für die Beamtenschaft normal ist. 04 hatte der Primärüberschuss \$ 17,36 Mrd. betragen.

Das Internationale Finanzinstitut rechnet für Argentinien 06 mit Direktinvestitionen von U\$ 4,3 Mrd. In seinem in Washington veröffentlichten Bericht betont es, dass dieser Betrag dem des Vorjahres entsprechen, doch weit unter den jährlich U\$ 9 Mrd., die 1995/2000 in Argentinien investiert wurden, sein. Die willkürliche politische Lage flösse Investoren weiter Misstrauen ein. Das Internationale Finanzinstitut wird von den wichtigsten Banken, wie Citibank, Societe Generale, Chase, Deutsche Bank usw. gebildet und spiegelt die Meinungen der Finanzwelt wider.

Die Fruchtsaftausfuhren der ersten 11 Monate 05 waren mengenmässig um 37% und wertmässig um 26% grösser als vor einem Jahr. Argentinien führte im Berichtszeitraum 15.553 t Zitronen-, Orangen-, Mandarinen-, Pfirsich- und Pampelmusensaft für US\$ 12,3 Mio. aus. Im ganzen Jahr 04 wurden 11.953 t für US\$ 10,3 Mio. ausgeführt.

Präsident Kirchner rechtfertigt die Preisabkommen zur Inflationbekämpfung. Er nannte sie den Mittelweg zwischen Preiseinfrierun-

gen und der Orthodoxie der Zinssatzerhöhungen. Er würde sich wieder mit Vertretern strategischer Bereiche zusammensetzen, um neue Preiserhöhungen zu verhindern, und bat um Rationalität bei Lohnforderungen.

Der Anteil von Staatspapieren ist in den Banken, in den ersten 11 Monaten 05, um knapp 9 Prozentpunkte zurück gegangen. Im November betragen sie 30,9% der Gesamtaktiven. Privatbanken waren bei der Verringerung führend und verringerten ihn um 1,8% auf insgesamt 27,9%.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Konjunkturaussichten

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hat etwa den Höchststand von Mitte 1998 wieder erreicht, womit die Erholungsphase, die im zweiten Quartal 2002 eingesetzt hat, als beendet angesehen werden kann. Jetzt kommt eine kompliziertere Phase des echten Wachstums. Dabei haben jedoch in diesen siebeninhalb Jahren bedeutende qualitative Änderungen stattgefunden: die Arbeitslosigkeit und die Armut umfassen jetzt mehr Menschen (absolut und relativ zur Gesamtbevölkerung) als damals, die Einkommensverteilung ist als Folge der Megaabwertung ungleichmässiger geworden, ebenso die Vermögensverteilung, bei der die asymmetrische Pesifizierung eine bedeutende Rolle gespielt hat, die Sparer bestohlen und Dollarschuldnern eine grosse Geschenk gemacht hat.

Abgesehen davon ist das Volumen der Bankkredite real auf unter die Hälfte geschrumpft, der Hypothekarkredit (der 1998 eine effektive Lösung für das Wohnungsproblem des Mittelstandes bot) ist heute kaum vorhanden, die Steuerbelastung ist höher geworden und der Export ist absolut und im Verhältnis zum BIP viel höher. Es bestehen noch viele andere Unterschiede: die Produktion von Getreide und Ölsaaten ist viel höher als damals, ebenso die Zuckerproduktion, auch die von Stahl, Aluminium und petrochemischen Produkten, und auch von anderen Industrieprodukten, die durch den hohen realen Wechselkurs geschützt sind. Bei all diesen Zunahmen gewinnt man den Eindruck, dass das BIP jetzt höher ist, als es das statistische Amt (INDEC) angibt.

Nicht zuletzt waren die internationalen Umstände, die den Aufschwung begleitet haben und jetzt zum grossen Teil noch beste-

hen, viel günstiger als 1998: die Preise für die argentinischen Exportcommodities sind höher, die internationalen Zinsen niedriger und die Welt wächst schneller. Schliesslich wirkt sich die technologische Revolution, die in den 90er Jahren stattgefunden hat (besonders auf den Gebieten der Informatik, der Fernverbindungen und der Biotechnologie), jetzt sehr stark auf Argentinien aus, was auch zum Wachstum beiträgt. Es ist ungefähr so, wie wenn man von einem Berg ins Tal hinabsteigt und dann wieder nach oben geht, aber dabei auf dem Höhepunkt eines anderen ebenso hohen oder eventuell sogar höheren Berges, ankommt, der ganz anders als der vorherige ist.

Obwohl in den Jahren nach 2001 viel weniger investiert wurde, gab es dennoch Investitionen, so dass die Produktionskapazität jetzt höher und moderner ist als damals. Ebenfalls wurde im Zuge der Krise rationalisiert und viel neue Technologie eingeführt, besonders was Informatik im weiteren Sinn betrifft, aber auch bei Fernverbindungen, Biotechnologie u.a. technologischen Neuerungen, und dann hat auch der Ausbildungsgrad der Bevölkerung zugenommen. Die technologische Revolution, die in den 90er Jahren weltweit stattgefunden hat, die von den USA ausgelöst wurde, hat ein neues Szenarium für die Weltwirtschaft geschaffen, das auch Argentinien betrifft, wo ein grosser Teil der Bevölkerung ausreichend ausgebildet und talentiert ist, um die neue Technologie aufzunehmen und anzuwenden. Das ist in den meisten anderen Entwicklungsländern nicht der Fall. Deshalb sind Konjunkturanalysen, die auf Vergleiche mit vergangenen Epochen fussen, mit Vorsicht zu geniessen.

Nachdem 2005 mit starkem wirtschaftlichem Schwung zu Ende gegangen ist, der zunächst 2006 weitergeht, und die BIP-Zunahme von 9% einen statistischen Überhang von 3,5% auf 2006 überträgt, kann man auch bei vorsichtiger Schätzung mit einer BIP-Zunahme von 7% für dieses Jahr rechnen, und wenn die Entwicklung ohne Störungen weitergeht, 2007 mit noch einmal so viel. Das Wachstum der Wirtschaft bringt weiteres Wachstum mit sich, weil es eine Stimmung schafft, die die Unternehmer und Konsumenten zu einem Verhalten verleitet, dass dann dieses Wachstum effektiv herbeiführt. Es ist eine Form der selbsterfüllten Prophezeiung. Es bestehen allgemein noch Kapazitäten für eine höhere Produktion von Sachgütern und für persönliche Dienstleistungen; und wo dies nicht der Fall ist, wird eben das Defizit durch Importe gedeckt. Bei steigender Konjunktur ist eventuell mit einem sinkenden Handelsbilanzüberschuss zu rechnen, was gegenwärtig keine Tragödie darstellt. Allerdings werden nach einem Exportrekord von rund u\$ 40 Mrd. im Jahr 2005 offiziell schon für 2006 u\$ 45 Mrd. angepeilt, so dass eine hohe Marge für Importzunahmen besteht, ohne den Handelsbilanzüberschuss nennenswert zu beeinflussen.

Indessen sollte man an erster Stelle die zyklische Entwicklung der Wirtschaft nicht vergessen. Wir haben jetzt schon 3 Jahre und 8 Monate Aufschwung hinter uns; die Aufschwungsphasen dauern in Argentinien bis zu 4 Jahre, meistens jedoch weniger. Wir erleben somit schon einen ausnahmsweise langen Aufschwung. Rezessionen kommen plötzlich und unangemeldet, wobei die Ursachen mannigfaltig sind. Die Rezession von 1995 wurde durch die Abwertung in Mexiko ausgelöst, die objektiv nichts mit Argentinien zu tun hatte; die von 2001 durch einen plötzlichen Vertrauensverlust, der sich gewiss nicht so einfach erklären lässt, nachdem der IWF kurz vorher einen Megakredit zur Stützung der Konvertibilität bereitgestellt hatte. Die abrupte Änderung der Gemütsverfassung der Bevölkerung ist ein Phänomen, das sich am Rande der menschlichen Rationalität bewegt. Auch jetzt kann irgend etwas geschehen, auch politischer Natur, dass der guten Konjunktur ein Ende bereitet. In diesem Sinn muss man auch die Weltkonjunktur in Betracht ziehen, die vom Damoklesschwert der hohen Zwillingsdefizite

(Haushalt und Zahlungsbilanz) der USA bedroht ist.

Aber es gibt auch reale Umstände für eine Milderung oder sogar Unterbrechung des Aufschwunges. An erster Stelle sei das Problem der Stromversorgung erwähnt, die jetzt ihre Kapazitätsgrenze erreicht hat. Was die Erzeugung betrifft, so besteht noch eine gewisse Marge, solange die Staudämme der Wasserkraftwerke gefüllt bleiben, was nicht für immer garantiert ist. Aber das Verteilungsnetz im Raum der Stadt Buenos Aires und Umgebung, und auch in Städten des Landesinneren, ist überlastet, so dass es bei Konsumspitzen zusammenbricht. Der Stromkonsum ist während der Rezession nur mässig zurückgegangen und danach stark gestiegen, so dass er jetzt viel höher als 1998 liegt. Wenn das Knappheitsproblem nicht vorher aufgetreten ist, so wegen der hohen Investitionen der Menem-Regierung, die zunächst eine hohe Überkapazität herbeiführten.

Allein, Stromknappheit muss nicht unbedingt sofort rezessiv wirken. Gewiss führen Unterbrechungen bei der Versorgung mit Strom zu Produktionsausfällen. Oft können diese jedoch aufgeholt werden, u.a. durch Nacharbeit. Wenn die Stromknappheit gut verwaltet wird, können rezessive Wirkungen kaum spürbar sein. In vielen Ländern, besonders in Deutschland, wird Strom von vorne herein als knapp betrachtet und der Konsum so reglementiert, dass die täglichen Konsumspitzen verringert werden. Aber gerade das, nämlich eine rationelle Handhabung der Knappheit, kann man von dieser Regierung kaum erwarten, die in den Tag hinein wirtschaftet und bisher kein Programm für die unmittelbar bevorstehende Stromknappheit ausgearbeitet hat, die auch ihr bekannt sein sollte. Das Programm über den rationalen Stromkonsum, genannt PUREE (Programa de uso racional de energía eléctrica), mit Belohnungen für geringeren und Strafen für höheren Konsum hat keinen Einfluss auf den Konsum gehabt. Ausserdem geht es nicht um den Gesamtkonsum, sondern um den Konsum in den Spitzenzeiten, der verringert werden muss. Der Mangel an Strom wirkt sich auf alle Fälle auf die Investitionen der Industrie negativ aus, und in diesem Sinn hemmt er künftiges Wachstum.

Allgemein muss damit gerechnet werden, dass der Preis für Energie, sowohl für Gas und Erd-

öl, wie für elektrischen Strom, zunimmt. Dies ist eine *conditio sine qua non* für Investitionen. Aber abgesehen davon, ist der Preis für Energie weltweit stark gestiegen, und Argentinien kann nicht ewig eine abgeschottete Insel bleiben, umso mehr, wenn es Gas in steigenden Mengen und in einigen Jahren auch Erdöl importieren muss. Bolivien wird unmittelbar den Gaspreis für Lieferungen nach Argentinien um über 50% erhöhen, wobei vorgesehen ist, diese stark zu erhöhen. Ein höherer realer Energiepreis wirkt konjunkturdämpfend. Dieses Phänomen kommt früher oder später auf uns zu und sollte schon von der Regierung und den Unternehmen berücksichtigt werden, was jedoch nicht der Fall zu sein scheint.

Abgesehen von diesem strukturellen Problem, das sich zunehmend auf die Konjunktur auswirken wird, muss auch der Ernterückgang berücksichtigt werden. Nach den jüngsten Regenfällen, die sich besonders günstig auf Sojabohnensaatenausgewirkt haben, weil die Sojabohne (die über die Hälfte der Gesamternte ausmacht) sich allgemein noch in einem frühen Entwicklungsstadium befindet, wird jetzt mit insgesamt etwa 70 Mio. t, gerechnet, was auf alle Fälle mehr als die Ernte von 2003/04 ist. Der Fall ist somit nicht so schlimm wie man befürchtete, auch wenn der Schaden bei Mais und besonders in bestimmten Gegenden sehr gross ist.

Doch das Hauptproblem des wirtschaftlichen Wachstums besteht in der Inflation. Wenn diese weiter zunimmt, hat dies eine konjunkturdämpfende Wirkung, die leicht in eine Rezession ausarten kann. Die argentinische Bevölkerung hat eine Inflationserfahrung wie keine andere Gesellschaft auf der Welt. Dies bedingt ihr Verhalten. Wenn die Bevölkerung empfindet, dass die Inflation aus den Fugen gerät, dann handelt sie dementsprechend, vornehmlich indem die Pesoliquidität fast vollständig in Dollar angelegt wird. Nachdem diese Liquidität in den letzten Jahren zugenommen hat, weil die Geldmenge viel stärker als das BIP in nominellen Werten gestiegen ist, ist die Gefahr eines plötzlichen Ansturms auf den Dollar und neuerdings auch auf den Euro besonders akut. Das treibt den Wechselkurs in die Höhe und/oder verringert die ZB-Reserven. Die Kehrseite der Medaille ist auf alle Fälle ein geringerer Konsum.

Die Regierung, also sowohl

Präsident Kirchner wie die Wirtschaftsführung, sind sich dieser Tatsache bewusst und versuchen deshalb den inflationären Tendenzen Einhalt zu Gebieten, mit Druck auf die Unternehmer, damit sie die Preise nicht erhöhen und keine Lohnerhöhungen gewähren, die sie nicht mit Gewinnen, mehr Produktivität oder Effizienz, sowie Einführung kostensparender Technologie ausgleichen können. Dass der Präsident sich persönlich dafür einsetzt, weist auf die Bedeutung hin, die er diesem Thema verleiht. Ausserdem soll die Geldexpansion abnehmen und der Überschuss bei den Staatsfinanzen beibehalten werden, was der Regierung noch einige Kopfzerbrechen verursachen wird, nachdem die Zunahme der Staatsausgaben von allen möglichen Seiten angetrieben wird.

Der kritische Punkt bei dieser Politik sind die unvernünftig hohen Lohnerhöhungen, die Gewerkschaftsboss Hugo Moyano, der sich als Freund der Regierung ausgibt, ständig anspricht und auch durchsetzt. Auf solche Freunde verzichtet man lieber. Gelegentlich wird die Regierung auf dem Gebiet der Lohnpolitik eine harte Entscheidung treffen

Schwierigkeiten bei Weltbankkrediten

Die Weltbank ist als Kreditgeber für Argentinien besonders wichtig, nachdem sonst, abgesehen von der Interamerikanischen Entwicklungsbank, kaum langfristige Finanzierungsmöglichkeiten vorhanden sind. Ausländische Privatbanken sind nach dem Default und dem vielfachen Vertragsbruch der argentinischen Regierung gegenüber Privatfirmen, Sparern und anderen Staaten nicht gewillt Kredite zu vergeben, es sei denn für kurzfristige Exportgeschäfte, und aus dem gleichen Grund ist die Unterbringung von Obligationen, die den gleichen Zweck erfüllen, nicht möglich. Da die Weltbankkredite jedoch nicht unbegrenzt sind, sollte sich sowohl die argentinische Regierung, wie auch die Weltbank besser überlegen, für welche Zwecke die Kredite eingesetzt werden.

Der argentinische Vertreter im Weltbankdirektorium, Alieto Guadagni, wies unlängst darauf hin, dass die Bank in den Jahren 2006, 07 und 08 Kredite für insgesamt rund u\$ 3,2 Mrd. an Argentinien gewähren werde. Dabei sind jedoch schon Schwierigkeiten aufgetaucht. Erst nach einem Jahr hat die Weltbank einen Kredit in Höhe von u\$ 350 Mio. freigegeben, der

und sich hinter die Unternehmer stellen müssen, da sonst die antiinflationäre Politik zusammenbricht, und mit ihr auch die gute Konjunktur. So weit ist es jedoch noch nicht.

Auch andere Inflationsfaktoren lauern im Hintergrund. Die Miniabwertung, die im Zusammenhang mit der Zahlung der gesamten Schuld an den IWF eingesetzt hat, hat eine direkte Auswirkung auf viele Preise. Ebenfalls wirken sich die höheren internationalen Preise für Commodities auch intern aus, auch wenn zum Teil mit verzögerter Wirkung. Beim Rindfleischpreis hat sich der Markt zwar beruhigt, aber das strukturelle Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage besteht weiter und treibt den Preis mittelfristig in die Höhe, was andere Lebensmittel mitreisst. Und dann kommen noch Tarifierhöhungen hinzu, die sich kaum mehr hinauschieben lassen, ebenfalls Zunahmen bestimmter Preise von Dienstleistungen, die hinter der Inflation zurückgeblieben sind und jetzt bei guter Konjunktur aufholen. Es wird nicht einfach sein, die Inflation in Grenzen zu halten.

für die Mitfinanzierung des Subventionsprogrammes für Familienoberhäupter bestimmt war und wegen Korruption blockiert worden war.

Ebenfalls soll jetzt der Kredit für die Strassenbaudirektion freigegeben werden, der vor kurzem blockiert wurde, weil in zehn Fällen Überpreise festgestellt worden waren. Es handelt sich um einen Kredit für den sogenannten „CREMA-Plan“ (Construcción, Reparación y Mantenimiento), bei dem die Bauunternehmen einen festen Betrag pro Kilometer erhalten, um nicht konzessionierte Überlandstrassen instand zu halten. Es ist ein gutes System, das jedoch gescheitert ist, weil die Strassenbaudirektion nicht gezahlt hat und es absichtlich versanden liess. Die Weltbank sollte dafür sorgen, dass die Bauunternehmer ihr Geld pünktlich erhalten; aber dann müssen sie eben niedrigere Preise veranschlagen. Wichtig ist, dass die Weltbank hier direkt mitwirkt; denn die Strassenbaudirektion ist nachgewiesenermassen nicht imstande, das System zu verwalten.

Bankpräsident Paul Wolfowitz verleiht dem Korruptionsproblem grosse Bedeutung. Er behauptet,

diese „Krankheit“ koste die unterentwickelten Staaten u\$ 80 Mrd. jährlich. Das scheint übertrieben zu sein, erklärt jedoch, warum die Bank diesem Problem so grosse Aufmerksamkeit schenkt. Die Bank verfügt über eine besondere Abteilung, die Anzeigen wegen Korruption und auch aus eigener Initiative korruptionsverdächtige Fälle prüft. Letztes Jahr seien laut Wolfowitz 350 Untersuchungen dieser Art durchgeführt worden, wobei er hinzufügt, dass die Bank in dieser Angelegenheit Toleranz Null aufweise.

Obwohl Argentinien dem IWF jetzt nichts mehr schuldet, sind bestimmte Weltbankkredite an den Bericht des Fonds über die argentinische Wirtschaft gebunden. Das bezieht sich auf sogenannte „Anpassungskredite“ („créditos de ajuste“), die für Rationalisierung staatlicher Stellen und ähnliches eingesetzt werden. Gegenwärtig sind Kredite dieser Art in Höhe von u\$ 850 Mio. blockiert, wobei nicht erwartet wird, dass der nächste Bericht des IWF positiv genug ist, um diese Kredite freizugeben. Inzwischen verfügt Argentinien nicht über diese Mittel und zahlt eine Provision für die Bereitschaft der Kredite.

Prinzipiell sollte die Weltbank zu ihrer ursprünglichen Politik zurückkehren, nur Infrastrukturprojekte zu finanzieren, die ohne langfristige Finanzierung nicht möglich sind. Diese Kredite sind nicht vom IWF-Bericht abhängig, es sei, dieser weist auf eine Katastrophe hin, was zunächst nicht zu erwarten ist. Dabei ist auch die Kontrolle der Projekte und der korrekten Durchführung besonders wichtig, die die Bank ausübt. Denn normalerweise weisen die Projekte Mängel auf, und die Durchführung erfolgt ohne einen strikten Plan mit gesicherter Finanzierung, der die Bauzeit auf ein Minimum verkürzt und somit unnötige Zusatzkosten vermeidet, die allgemein durch die Hinausschiebung der Projekte entstehen, bestehend in Zinsen und fixen Kosten der Bauunternehmen. Diese Ineffizienzkosten sind in der Regel unverhältnismässig höher als die Kosten der Korruption, die die Bank so sehr beunruhigt. Grosse Infrastrukturprojekte lassen sich auch viel leichter kontrollieren als solche, die für soziale u.a. Zwecke vergeben werden. Die Bank verfügt über reichliche Erfahrung auf diesem Gebiet, so dass sie leicht ermitteln kann, wie viel ein Projekt kosten muss und wo es Zusatzkosten gibt.

Innerhalb dieses Prinzips sollte die Bank dafür sorgen, dass die Prioritäten eingehalten werden, die das wirtschaftliche Wachstum stellt. Gegenwärtig hat die Stromwirtschaft erste Priorität, dicht gefolgt von Energie überhaupt. Dennoch sucht man unter den Weltbankkrediten vergeblich nach einem Kredit für diese Zwecke.

Die Bank sollte davon Abstand nehmen, Kredite für allerlei soziale Zwecke, für Staatsrationalisie-

rung, für Überschwemmungshilfe, für Investitionen der Gemeinden, für Verbesserung der Erziehung von Landkindern u.a. diffuse Zwecke zu vergeben, ganz besonders wenn es sich um laufende Ausgaben handelt. Das alles sollte dem Staat zur Last fallen. Es gibt ausreichende Infrastrukturprojekte, um die u\$ 3,2 Mrd., die in drei Jahren gewährt werden sollen, vollständig zu verwenden.